

Beschlussvorlage- Nr. 422/16 öffentlich

Betreff: Jahresabschluss 2015 der Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH

| | | Abstimmungsergebnis: | | | Änderung des Beschlussvorschlages |
|--|-------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------------------|
| | | Ja | Nein | Enth. | |
| Vorberatung Haushalts- und Finanzaus- schluss | 18.08.2016 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Kenntnisnahme Hauptausschuss | 18.08.2016 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Entscheidung Stadtrat | 25.08.2016 | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Finanzielle Auswirkungen

- Ja Die Gewinnausschüttung in Höhe von 388.002,92 € wurde im Haushaltsplan 2016
- im Produkt 522 100 auf dem Konto 4651 0000 veranschlagt.
- Nein nicht zur Verfügung

Auszüge vorbehaltlich der Genehmigung sind zuzuleiten:

Amt: 30, Dez. I, BWG

(ansonsten Protokolle im Intranet)

Aufgestellt: Dr. Elstermann

Amt: 30

mitgezeichnet: Frau Ost, Rechtsamt

- Oberbürgermeister -

Beschlusskontrolle

Die Umsetzung des Beschlusses ist an das Stadtratsbüro zu melden bis: sofort nach Umsetzung

Kurze Inhaltsangabe (bitte für Bürger/Gäste Inhalt kurz zusammenfassen):

Die 100%ige städtische Tochtergesellschaft, die Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH, schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 87,6 Mio. € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 158,2 T€.

Für die erforderlichen Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss 2015 und zur Entlastung des Aufsichtsrates holt der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt ein Votum des Stadtrates ein.

Begründung:

Formale Anmerkungen

Gegenstand. Aufgaben der Gesellschaft sind die Wohnungsverwaltung und der Wohnungsneubau, der Bau und Betrieb von Gebäuden sowie die sonstige Bewirtschaftung von Grundstücken.

Prüfung und Feststellung Jahresabschluss. Der Jahresabschluss 2015 wurde das dritte Jahr in Folge durch die DOMUS AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Hannover, geprüft.

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss 2015

Zum Jahresabschluss 2015 ist auf folgende wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse des Unternehmens hinzuweisen:

1. Grundsätzliches

Der Prüfbericht zum Jahresabschluss mit Stichtag 31.12.2015 testiert der Geschäftsführung eine zutreffende Darstellung der Lage der Gesellschaft und ihrer zukünftigen Entwicklung (Prüfbericht, S. 12).

Die Gesellschaft verwaltete im zurückliegenden Geschäftsjahr hauptgeschäftlich 3 654 Wohnungen (Vorjahr: 3 682), 50 Gewerbeeinheiten (Vorjahr: 49), darunter 3 Antennenanlagen, 685 Stellplätze (Vorjahr: unverändert) und 210 Miet- und Betriebsgaragen (Vorjahr: 202), darüber hinaus 817 Pacht- (Vorjahr: 883) und 6 Flächennutzungsverträge.

Fremd verwaltet wurden zum Stichtag 341 Wohnungen (Vorjahr: 335), 33 Gewerbeeinheiten (Vorjahr: 31), 394 Garagen und Stellplätze (Vorjahr: 388).

Die Anzahl der Wohnungen ging gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 28 Wohnungen zurück.

| Bewirtschaftete Einheiten | 2015 | 2014 | 2013 |
|----------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Wohnungen gesamt | 3 654 | 3 682 | 3 692 |
| davon leer | 332 | 340 | 279 |
| Leerstand (in %) | 9,1 | 9,2 | 7,6 |

Die Leerstandsquote betrug 9,1 % und sank damit leicht gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. Die Leerstandsquote 2015 der kommunalen Wohnungsgesellschaften in Sachsen-Anhalt betrug 14,1 %¹.

2. Ertragslage (vgl. auch Anlage 1)

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 158 T€ (Vorjahr: + 880 T€). Damit verschlechtert sich das Ergebnis um 722 T€.

Diese Entwicklung ist auf ein vermindertes Betriebsergebnis durch höhere Instandhaltungsaufwendungen (961 T€), höhere Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke (164 T€) und höhere Abrisskosten (203 T€) nach Abzug von Fördermitteln zurückzuführen.

Für Instandhaltung an Wohngebäuden wurden im Geschäftsjahr 2015 4.094 T€ (Vorjahr: 3.133 T€) aufgebracht, darüber hinaus 840 T€ (Vorjahr: 332 T€) für aktivierungspflichtige Modernisierungen an Gebäuden. Das entspricht einem Durchschnittssatz von ca. 19,03 €/m² (Vorjahr: 14,46 €/m²) bezogen auf die Wohn-/Nutzfläche.

Umsatzerlöse. Die Umsatzerlöse verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 201 T€.

| Angaben (in T€) | 2015 | | 2014 | | 2013 | | Veränderung | |
|---------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|------------------|--------------------|
| | Ist | Plan | Ist | Plan | Ist | Plan | Ist 2015/2014 | WiPlan/Ist 2015 |
| Umsatzerlöse | 15.294 | 15.839 | 15.495 | 15.009 | 15.404 | 14.845 | -201 | -545 |

Die Umsätze setzen sich wie folgt zusammen:

- Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (Vermietung und Verpachtung, Umlagen für Betriebskosten abzüglich Erlösschmälerungen),
- Umsatzerlöse aus Grundstücksverkauf,
- Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit und
- Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen.

Insgesamt gehen die Erlöse aus dem Kerngeschäft (Vermietung und Verpachtung) im Vergleich zum Vorjahr um 200 T€ aufgrund der geringeren Erlöse aus der Abrechnung der Betriebskostenumlagen zurück. Die reinen Mieterträge (ohne Umlagen und Erlösschmälerungen) steigen jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 39 T€ (0,4 %).

Durch die Veräußerung von drei Grundstücken (Steinstr. 32, Neue Str. 41 und Teilfläche Brunnenstr. 17) konnten Erlöse in Höhe von 185 T€ (Vorjahr: 187 T€) erzielt werden. Dem stehen Aufwendungen (im Wesentlichen der Restbuchwert der veräußerten Grundstücke) i.H.v. 168 T€ gegenüber, so dass insgesamt ein Gewinn von 17 T€ zu verzeichnen ist. Die für 2015 geplanten Erlöse (525,7 T€) aus Grundstücksverkäufen können aufgrund der Vermarktungsschwierigkeiten im Baugebiet „Brunnenstraße“ nicht erzielt werden.

Die Erlöse der privaten Hausverwaltung steigen im Vergleich zum Vorjahr um 15 T€. Trotzdem konnte bei einem Gesamtergebnis der privaten Hausverwaltung in Höhe von -14,1 T€ (Vorjahr: -33,3 T€) das Ziel, einen ausgeglichenen Kostendeckungsgrad in der privaten Wohnungsverwaltung im Jahr 2015, nicht erreicht werden.

¹ Angaben Jahresstatistik 2015 des Verbandes der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt (VdW) und des Verbandes der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt (VdWg), vgl. auch unter http://www.vdwdwg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Fachinformationen/Daten_und_Fakten_2015_25.05.2016_.pdf, letzter Abruf: 20.07.2016

Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen betreffen die Zeitschrift „Der Nachbar“ (Werbung, Anzeigen etc.) und belaufen sich auf 25 T€.

Sonstige betriebliche Erträge. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr bei dem Posten Sonstige betriebliche Erträge resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Zuschreibungen i.H.v. 621 T€ (Vorjahr: 252 T€) (aufgrund des Wegfalls von Wertminderungen) und gestiegenen Erträgen aus Anlagenverkäufen i.H.v. 152 T€ (Vorjahr: 3 T€).

| Angaben (in T€) | 2015 | | 2014 | | 2013 | | Veränderung | |
|-----------------------------------|-------|--------|------|--------|------|--------|------------------|--------------------|
| | Ist | WiPlan | Ist | WiPlan | Ist | WiPlan | Ist 2015/2014 | WiPlan/Ist 2015 |
| Sonstige betr. Erträge | 1.259 | 549 | 680 | 1.019 | 839 | 749 | 579 | 710 |

Betrieblicher Aufwand

| Angaben (in T€) | 2015 | | 2014 | | 2013 | | Veränderung | |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------------------|------------------|
| | Ist | Plan | Ist | Plan | Ist | Plan | Ist 2015/2014 | Plan/Ist 2015 |
| Material- aufwand | 9.158 | 9.395 | 7.966 | 7.616 | 8.672 | 5.518 | 1.192 | -235 |
| Personal- aufwand | 1.955 | 1.960 | 1.978 | 2.110 | 2.221 | 2.284 | -5 | -23 |
| Abschrei- bungen | 3.462 | 2.661 | 3.439 | 2.800 | 5.255 | 2.750 | 23 | 801 |
| Sonst. betr. Aufwen- dungen | 1.166 | 1.215 | 606 | 1.009 | 1.347 | 3.501 | 560 | -49 |

Materialaufwand. Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen steigen um insgesamt 1.192 T€ (ca. 15 %) gegenüber dem Vorjahr. Daran sind vor allem erhöhte Modernisierungsaufwendungen (+ 660 T€) und Instandhaltungskosten (+ 301 T€), Betriebskosten (+ 61 T€) sowie hohe Fremdkosten für Verkaufsgrundstücke (+ 148 T€) beteiligt.

Personalaufwand. Die Personalkosten bleiben knapp unter den geplanten und mit 22 T€ unter den Vorjahresaufwendungen.

Die Gesellschaft beschäftigte im zurückliegenden Geschäftsjahr 35 Arbeitnehmer (Vorjahr: 36).

Abschreibungen. Die Abschreibungen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen i.H.v. 1.103 T€ (Vorjahr: 1.078 T€) aufgrund dauerhafter Wertminderung. Insgesamt bleiben damit die Abschreibungen auf dem Niveau des Vorjahres.

Sonstige betriebliche Aufwendungen. Der Anstieg der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 560 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich auf gestiegene Abrisskosten (295 T€) und die Bildung einer Drohverlustrückstellung (233 T€) zurückzuführen. Die Rückstellung war notwendig geworden, da im Erschließungsgebiet Süd-West die Buchwerte des Grundstücks (die im Wesentlichen dem Bodenrichtwert entsprechen) zuzüglich der Erschließungskosten – was dann im Ergebnis den Verkaufspreis darstellen würde – auf dem Grundstücksmarkt nicht erzielbar wäre.

3. Finanzlage

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit (3.970 T€) kann vollständig die planmäßi-

gen Tilgungen (2.377 T€) und Zinsen (779 T€) im Berichtsjahr decken. Dem verbleibenden Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i.H.v. 814 T€ stehen Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (1.189 T€) und aus der Finanzierungstätigkeit (außerplanmäßige Tilgungen und Ausschüttung an die Gesellschafterin) i.H.v. 830 T€ gegenüber. Im Ergebnis verringern sich die Zahlungsmittel (= flüssige Mittel) um 1.106 T€ auf 2.851 T€.

Die aus dem Cash-Flow-Wert und der Höhe der Tilgungen gebildete Liquiditätskennziffer (Tilgungskraft oder Schuldentilgungspotential), hat sich im Geschäftsjahr auf 1,26 (Vorjahr: 1,81) verschlechtert. Die Verringerung der Tilgungskraft im Geschäftsjahr 2015 ist durch erhöhte Modernisierungs- und Instandhaltungsaufwendungen bedingt.

4. Vermögenslage

Die Vermögenslage der BWG stellt sich wie folgt dar:

| Angaben (in T€) | 2015 Ist | 2014 Ist | 2013 Ist | Angaben (in T€) | 2015 Ist | 2014 Ist | 2013 Ist |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|--------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Anlagevermögen | 79.681 | 81.165 | 83.933 | Eigenkapital | 57.665 | 58.157 | 57.527 |
| Umlaufvermögen | 7.913 | 9.159 | 8.541 | Sonderposten | 1.562 | 1.626 | 1.689 |
| | | | | Rückstellungen | 1.388 | 1.139 | 1.269 |
| | | | | Verbindlichkeiten | 26.800 | 29.250 | 31.828 |
| Aktiver RAP | 40 | 35 | 31 | Passiver RAP | 219 | 188 | 192 |
| Summe Aktiva | 87.634 | 90.360 | 92.505 | Summe Passiva | 87.634 | 90.360 | 92.505 |

Das Gesamtvermögen geht gegenüber dem Vorjahr um 2.726 T€ oder 3,0 % auf 87.634 T€ zurück.

Das Anlagevermögen verringert sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1.484 T€, im Wesentlichen durch planmäßige (2.359 T€) und außerplanmäßige (1.103 T€) Abschreibungen. Diesen stehen Zuschreibungen i.H.v. 621 T€ und Investitionen i.H.v. 1.422 T€ gegenüber.

Der Rückgang des Umlaufvermögens (- 1.246 T€) beruht auf die Verringerung der flüssigen Mittel (vgl. unter 3. Finanzlage).

Die Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus der Ausschüttung an die Gesellschafterin (650 T€).

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Gesamtkapital x 100) beträgt 65,8 % (Vorjahr: 64,4 %), VdW-Eigenkapitalquote (zum Vergleich): 47,2 %².

Die im Vergleich zum Vorjahr veränderte Gesamtbilanzsumme ist auf der Passivseite auf die Veränderung des Eigenkapitals (- 492 T€) und auf den Rückgang der Verbindlichkeiten (- 2.450 T€) durch planmäßige (2.377 T€) und außerplanmäßige (180 T€) Tilgungen zurückzuführen.

²Angaben Jahresstatistik 2015 VdW/VdWg, vgl. auch Fn. 1.

5. Wesentliche Feststellungen im Rahmen des § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz (HGrG)

Der Prüfbericht testiert die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung. Die Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

6. Würdigung beihilferechtlicher Sachverhalte im Rahmen der Abschlussprüfung, IDW PS 700³

Im Rahmen der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2015 erfolgte eine beihilferechtliche Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer, ob die im Jahr 2015 gezahlten Zuschüsse an die Gesellschaft eine unzulässige Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, früher: EU-Vertrag) darstellen.

Die BWG erhielt im Jahr 2015 im Rahmen des Programms Stadtumbau-Ost⁴ Abrissfördermittel von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt i.H.v. 250 T€ ausgezahlt.

Im Rahmen der Prüfung, stellt der Wirtschaftsprüfer fest, dass die gewährten Beihilfen ordnungsgemäß im Jahresabschluss ausgewiesen wurden (vgl. Prüfbericht Jahresabschluss 2015 BWG, S. 22).

In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass die Bund-Länder-Förderprogramme durch die Fördermittel gebende Stelle beihilferechtlich untersucht werden.

Die Stadt Bernburg (Saale) bürgt in Höhe von 4.123 T€ (Restbürgschaftsbetrag zum 31.12.2015) für vier Kredite der Gesellschaft. Eine Beihilfeprüfung erübrigt sich, da Beginn der Bürgschaften vor Beginn der Geltung des EU-Beihilferechts liegt.

7. Zukünftige Entwicklung

Bestand. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass im Jahr 2030 die BWG etwa 3 000 Wohneinheiten vermietet haben wird. Der Rückbau wird zur weiteren Reduzierung der Sachanlagen führen und die damit verbundenen außerplanmäßigen Abschreibungen werden das Betriebsergebnis belasten.

Vermietung und Leerstand. Kurzfristig sieht die Geschäftsführung keine Risiken für den weiteren Geschäftsverlauf. Aufgrund der Klimaziele der Bundesregierung und der energetischen Anforderungen an Wohngebäude werden die Investitionskosten steigen und das würde nach Meinung der Geschäftsführung zu Mieterhöhungen führen. Im Jahr 2015 erfolgte eine geplante Anhebung der Grundmiete entsprechend der Marktbedingungen. Die Sollmiete beträgt 4,39 €/m² und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 0,11 €/m². Die durchschnittliche Netto-Kalt-Miete der kommunalen Wohnungsgesellschaften⁵ im Jahr 2015 lag bei 4,72 €/m².

³ Durch das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) wurde im Juni 2011 ein IDW Prüfungsstandard „Prüfung von Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen“ (IDW PS 700) vorgelegt. Der Prüfungsstandard legt dar, nach welchen Grundsätzen im Rahmen von Jahresabschlussprüfungen zu beurteilen ist, ob erhaltene Beihilfen im Hinblick auf deren ordnungsgemäße Bilanzierung in Übereinstimmung mit dem EU-Beihilferecht gewährt und in Anspruch genommen wurden.

⁴ Bund und Länder stellen seit 2002 mit dem Programm "Stadtumbau Ost" Fördermittel zur Verfügung, mit denen (Innen)Städte durch gezielte Aufwertungsmaßnahmen gestärkt sowie durch den Abriss leer stehender, dauerhaft nicht mehr nachgefragter Wohnungen stabilisiert werden.

(http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StadtumbauOst/Programm/programm_node.html, letzter Abruf: 18.07.2016)

⁵ Statistik umfasst die 83 kommunalen Wohnungsgesellschaften, die Mitglied des VdW sind, vgl. auch unter Fn. 1.

In Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, die weiterhin Bevölkerungsverluste prognostiziert, sowie den sinkenden Haushaltszahlen, rechnet die Geschäftsführung mit einer nicht unwesentlichen Zunahme des Leerstandes. Für die nächsten Jahre müssen Rückbaumaßnahmen erfolgen, um die leerstandsbedingten Verluste wirtschaftlich vertretbar zu halten.

Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung wird die Gesellschaft zukünftig mit Nachdruck in den barrierearmen Ausbau der Großraumsiedlungen investieren, um entsprechende Angebote vorhalten zu können. Schwerpunkt hier ist die Aufwertung des Wohngebietes Süd-Ost durch Anbau von Fahrstühlen und Schaffung von altengerechtem Wohnraum.

Anfang 2016 waren 71 Wohnungen an Flüchtlinge vermietet (davon 8 an anerkannte Flüchtlinge). Die Möglichkeit die geringe Nachfrage an Wohnraum in den Großraumsiedlungen etwas zu verbessern, indem Wohnraum an Flüchtlinge vermietet wird, soll nach Meinung der Geschäftsführung kritisch betrachtet werden, da es unmittelbar mit Entscheidungen auf Bundesebene verbunden ist.

Investitionen. Ihre Chancen sieht die Gesellschaft in verstärkten Investitionen im nachgefragten Innenstadtbereich und der Veräußerung von langfristig unwirtschaftlichen Grundstücken. Ein großes Projekt der BWG ist der Umbau des Saalplatz-Ensembles, wo bis zum Frühjahr 2017 21 hochwertige Zwei- bis Vierraumwohnungen und 3 Gewerbeeinheiten entstehen sollen.

Nach dem Abriss des Großteils der leerstehenden Quartiere im Stadtteil Süd-West begann die BWG mit der Erschließung des 1,7 ha großen Areals. Nach einem Grundstückneuordnungsverfahren entstanden 26 neue Baugrundstücke für Bebauung mit Eigenheimen, die durch die Salzlandsparkasse vermarktet werden.

Planung 2016-2019. In den Jahren 2016-2019 werden Investitionen in das Anlagevermögen nach Abzug von Fördermitteln i.H.v. jährlich durchschnittlich 3.300 T€ geplant. Für Instandhaltung sind jährlich rund 4.000 T€ vorgesehen. Zur Finanzierung der Investitionen ist die Aufnahme von Darlehen i.H.v. 3.750 T€ im Mittel p.a. avisiert.

Die Planung geht von Umsätzen zwischen 17.137 T€ im Jahr 2016 bis 15.630 T€ in 2019 und Jahresüberschüssen zwischen 261 T€ und 538 T€ aus.

Zur Optimierung der Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung in Hinblick auf Zinssatzsteigerungen wurden Forward-Darlehen⁶ in Höhe von insgesamt 9.668 T€ abgeschlossen. Das mittelfristige Personalentwicklungskonzept der BWG sieht eine Anpassung des Personalbestandes an die demografische Entwicklung und der Wohnungsbestände im Unternehmen. Innerhalb der nächsten 10 Jahre soll eine Personaleinsparung in Höhe von 20 % ausschließlich durch das planmäßige altersbedingte Ausscheiden der jeweiligen Mitarbeiter erfolgen.

Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 158.200,80 € soll an die Gesellschafterin ausgeschüttet werden. Der Aufsichtsrat der BWG hat auch diese Ergebnisverwendung 2015 der Gesell-

⁶ Bei einem Forward-Darlehen handelt es sich um ein Annuitätendarlehen im Rahmen einer Immobilienfinanzierung, das dem Darlehensnehmer erst nach einer bestimmten Vorlaufzeit – bis zu sechzig Monate nach Vertragsabschluss – ausgezahlt wird. Die Zeitspanne zwischen dem Vertragsabschluss und dem gewählten Laufzeitbeginn wird als Forward-Periode bezeichnet. Während der Forward-Periode fallen für das Darlehen keine Kredit- oder Bereitstellungszinsen an. (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Forward-Darlehen>, letzter Abruf: 18.07.2016)

schafterversammlung empfohlen (vgl. auch Anlage 7 und unter Beschlussvorschlag).

Gemäß Haushaltskonsolidierungskonzept rechnet die Stadt für das Jahr 2016 mit einer Ausschüttung von der BWG in Höhe von 388 T€, für das Jahr 2017 mit einer Ausschüttung in Höhe von 612 T€ und für das Jahr 2018 mit einer Ausschüttung von ca. 344 T€.

Die kompletten Unterlagen zum Jahresabschluss 2015 der BWG liegen im Rathaus I, Rechtsamt, Zimmer 208 zur Einsichtnahme vor. Die Einsichtnahme wird empfohlen (um eine vorherige Anmeldung wird gebeten, Tel. 659 417).

Als Beratungsunterlage stehen die **Anlagen 1 bis 7** zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts-/Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen dem Stadtrat folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister, bzw. zu 2. seinen Stellvertreter, in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2015 der Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH wird festgestellt.
2. Die im Geschäftsjahr 2015 amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden für diesen Zeitraum entlastet.
3. Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 158.200,80 wird an die Gesellschafterin ausgeschüttet. Darüber hinaus wird der bestehende Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 229.802,12 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
Auszahlungstermin für die Gesamtausschüttung an die Gesellschafterin in Höhe von 388.002,92 € ist der 20. September 2016.
4. Der die geplante Ausschüttung 2016 in Höhe von 250.000,00 € übersteigende Teil der Gesamtausschüttung in Höhe von 138.002,92 € wird auf die geplante Ausschüttung 2017 in Höhe von 750.000,00 € angerechnet.

Anlagen:

- Anlage 1: Grafische Darstellungen zur Unternehmensentwicklung, Ertragslage etc.
- Anlage 2: Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2015
- Anlage 3: Bilanz zum 31.12.2015
- Anlage 4: Gewinn und Verlustrechnung zum 31.12.2015
- Anlage 5: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015
- Anlage 6: Bericht des Aufsichtsrates gem. § 52 GmbHG i.V.m. § 171 AktG und Pkt. 2.5. der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der BWG
- Anlage 7: Protokollauszug der Aufsichtsratssitzung vom 14.07.2016